



Stadt Zossen



Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Soziales und Bildung der Stadt Zossen

Sitzungstermin:	Dienstag, 08.10.2024
Sitzungsbeginn:	19:02 Uhr
Sitzungsende:	22:08 Uhr
Ort, Raum:	Kulturforum Dabendorf, Zum Königsgraben 8, 15806 Zossen

Ausschussvorsitz

Marko Njammasch

Ordentliches Mitglied - Ausschuss

Beata Czech

Eleonore Heinrich

Marco Kerbs

Ilona Schmitt

Stefan Christ

Sachkundige Einwohner

Robin Lewinsohn

Rolf von Lützwow

Estella Sloty

Heike Stenke

Bürgermeisterin

Wiebke Şahin-Connolly

Verwaltung

Michael Roch

Amtsleiter(in) Kämmerei

Jan Krolik

Protokollant(in)

Juliane Sasse

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden
- 2 Feststellung der digital zugeschalteten Ausschussmitglieder
- 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 4 Feststellung der Tagesordnung
- 5 Bericht aus der Verwaltung
- 6 Einwohnerfragestunde
- 7 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder
- 8 Beratungen zum Haushalt 2025
- 9 Beratung von Beschlussvorlagen
- 9.1 Beschluss über den geprüften Jahresabschluss 2021 104/24
- 9.2 Entlastung der Bürgermeisterin für das Haushaltsjahr 2021 105/24
- 9.3 Beschluss über den geprüften Jahresabschluss 2022 106/24
- 9.4 Entlastung der Bürgermeisterin für das Haushaltsjahr 2022 107/24
- 9.5 Weiterführung der Planung zur Sanierung des Schulgebäudes der ehemaligen Gesamtschule Zossen im GT Dabendorf 096/24
- 10 Schließung der öffentlichen Sitzung

Niederschrift

Öffentlicher Teil

1 **Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden**

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Njammasch um 19:02 Uhr eröffnet.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2 **Feststellung der digital zugeschalteten Ausschussmitglieder**

Es nehmen keine Ausschussmitglieder digital an der Sitzung teil.

3 **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Njammasch stellt fest, dass von den 6 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern 6 anwesend sind. Die Sitzung ist damit beschlussfähig.

Herr Njammasch bittet die neuen sachkundigen Einwohner sich kurz vorzustellen.

Herr Lewinsohn:

Ich bin Robin Lewinsohn, bin 50 Jahre alt und wohnhaft in Wünsdorf. Meine Erstausbildung ist Bankkaufmann. Danach habe ich 2 Jahre Studium ran gehangen. Ende der 90er Jahre bin ich in die Hausverwaltung und dann ins Handwerk gegangen. Jetzt bin ich viel in der Bauleitung und Finanzierungsplanung tätig.

Herr von Lützwow:

Ich bin 68 Jahre alt und Rentner. Seit 2016 bin ich Ortsvorsteher von Wünsdorf und war auch jahrelang im Finanzausschuss Mitglied.

Frau Sloty:

Ich bin Estella Sloty. Ich bin aktuell noch Schülerin und gerade dabei mein Abitur zu machen. Ich versuche mich politisch zu engagieren und bin gerade dabei in Zossen das Jugendparlament wieder aufzubauen.

Frau Stenke:

Ich bin 66 Jahre und Rentnerin, habe 3 Kinder. Ich war lange als Krankenschwester tätig und zum Schluss in der Altenpflege.

Herr Njammasch appelliert aufgrund der bereits stattgefundenen Sitzungen an alle sich an den Verhaltenskodex zu halten, den sich alle Stadtverordneten mal gegeben haben und bittet um einen respektvollen, vernünftigen und sachlichen Umgang miteinander.

Es wird heute jeder 3 Minuten Redezeit bekommen und alle Ausschussmitglieder und sachkundigen Einwohner können mitdiskutieren. Für alle anderen werden wir über das Rederecht abstimmen, sodass wir heute vorankommen.

Frau Leisten:

Wir müssen uns im RO mit der Geschäftsordnung und der Hauptsatzung beschäftigen und diese auch in Hinblick auf die von Ihnen angesprochenen Punkte überarbeiten. In der Hauptsatzung zum Beispiel stimmt die Anzahl der Ausschüsse nicht mehr.

Herr Njammasch:

Die Geschäftsordnung ist ziemlich frisch. Wir müssen uns nur daran halten.

Frau Şahin-Connolly:

Zur konstituierenden Sitzung haben wir den Änderungsantrag zur Hauptsatzung und somit die Anzahl der freiwilligen Ausschüsse beschlossen. Ein Defizit haben wir bei der Jugendbeteiligung. Im November werden wir das Thema im Rahmen der Hauptsatzung auf der Tagesordnung haben und müssen es bereinigen.

4 Feststellung der Tagesordnung

Es liegen Änderungswünsche oder Einwendungen gegen die Tagesordnung vor.

Frau Şahin-Connolly:

Die Verwaltung beantragt die Änderung der Tagesordnung wie folgt:

- TOP 9 Beratungen zum Haushalt 2025 ist der neue TOP 8
- danach als TOP 9 die Beratung von Beschlussvorlagen
- TOP 9.1. ist die BV 104/24 (alt TOP 8.3.)
- TOP 9.2. ist die BV 105/24 (alt TOP 8.4.)
- TOP 9.3. ist die BV 106/24 (alt TOP 8.5.)
- TOP 9.4. ist die BV 107/24 (alt TOP 8.6.)
- TOP 9.5. ist die BV 096/24 (alt TOP 8.2.)
- TOP 9.6. ist die BV 088/24 (alt TOP 8.1.)

Herr Christ:

Wir haben die Einladung so bekommen. Welchen Grund gibt es jetzt die ganze Reihenfolge zu ändern? Das macht keinen Sinn.

Frau Şahin-Connolly:

Das sind die Schwerpunkte in der Verwaltung. Wir haben die BV 088/24 gestern sehr ausführlich mit allen Anwesenden diskutiert und beraten und müssen es heute nicht nochmal an erster Stelle priorisieren.

Frau Leisten:

Mich würde Ihre Meinung als Vorsitzender dazu interessieren.

Herr Njammasch:

Wenn die Verwaltung das so möchte wird es dafür Gründe geben und ich würde die Änderung gerne abstimmen lassen.

Herr Lewinsohn:

Wir haben inhaltlich keine Änderung. Warum soll dann die Reihenfolge geändert

werden?

Frau Şahin-Connolly:

Das Risiko ist, dass wir die Tagesordnung nicht bis zum Ende schaffen. Die Anforderung war, dass es möglichst viele Beratungspunkte zum Haushalt gibt. Aus diesem Grund sollten wir mit dem Haushalt anfangen.

Herr Christ:

Es ist unlogisch den Haushalt zu diskutieren, bevor wir die Jahresabschlüsse nicht diskutiert haben. Ich habe immer noch sehr viele Fragen zu dem Nachtragshaushalt.

Abstimmung zur Änderung der Tagesordnung:

4 / 2 / 0

Die Tagesordnung wird geändert festgestellt.

5 Bericht aus der Verwaltung

Die anwesenden Ausschussmitglieder erhalten den Bericht aus der Verwaltung in schriftlicher Form. Dieser wird von Frau Şahin-Connolly kurz für die anwesenden Einwohner erörtert und dem Urprotokoll beigefügt. Er umfasst folgende Punkte:

kein Bericht

6 Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Anfragen von Einwohnern.

7 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Herr Christ:

Der Anglerverein Petri hat einen Antrag auf freiwillige Leistungen bei der Stadt Zossen gestellt. Dieser wurde wieder nicht beantwortet. Wann kann der Verein mit einer Antwort rechnen?

Herr Krolik:

Der Antrag wird nicht bei mir, sondern im Ordnungsamt gestellt. Ich kann das mitnehmen und klären.

Herr von Lützwow:

In Wünsdorf werden gerade die Steganlagen gestrichen. Das ist eine schöne Sache.

Beim großen Sturm sind viele Bäume umgekippt. Der Koschewoiring ist extrem

zugewachsen und Begegnungsverkehr kann hier nicht stattfinden. Das gilt auch für die Wünsdorfer Seestraße und der Wünsdorfer Neuhofer Weg. Hier müsste unbedingt mal etwas getan werden.

Frau Şahin-Connolly:
Das nehmen wir mit.

Frau Reglin:
Ich bin fraktionslos und möchte für mich Rederecht beantragen.

Herr Njammasch:
Ich möchte das individuell entscheiden und würde bitten, dass Sie sich melden und dann stimmen wir darüber ab.

Frau Reglin:
Mir ist aufgefallen, dass das Zwiegespräch zwischen Frau Schreiber und der Bürgermeisterin immer erst anfängt zu eskalieren wenn Frau Bürgermeisterin dazwischen redet. Vielleicht kann sie das unterlassen.

Frau Leisten:
Ich würde mir wünschen, dass Frau Reglin generell Rederecht erhält.

8 Beratungen zum Haushalt 2025

Herr Krolik stellt den Haushalt 2025 anhand einer Präsentation den anwesenden Ausschussmitgliedern und Einwohnern vor. Diese enthält folgende Punkte:

Vorstellung Haushalt 2025
Handlungsfelder

- Ergebnisplanung
- Investitionsmaßnahmen mit Prio. 1 und 2 berücksichtigt
- Personalentwicklung auf Basis der aktuellen Bedarfe
- Hebesatz Grundsteuer B / Grundsteuer A

Die Investitionsmaßnahmen 1 und 2 sind nicht in der Finanzrechnung enthalten. Diese werden erst danach dazukommen.

Bei der Kreisumlage ist die Frage ob Sie den 43 % zustimmen? Ich habe noch die Theorie, dass wir auf der Basis des aktuellen Haushaltsjahres bleiben und die 17,8 Mio. einfrieren. Aktuell sind 21,5 Mio. für die Kreisumlage für nächstes Jahr hinterlegt.

Auf der Einnahmenseite haben wir die Zuwendungen für Umlagen bereits erhöht, da im Gegenzug die Personalaufwendungen aufgrund der zwei neuen Kitas und einer leichten Tarifierhöhung von 2,5 % steigen werden.

Herr Kerbs:
Ich halte die 2,5 % Tarifierhöhung für sehr wenig. Ich rate da mehr anzusetzen.

Herr Krolik:
Bei der Investitionsliste ist jetzt zu klären, ab welcher Summe wir in die Tiefe einsteigen? Ab 50.000 oder wollen wir jeden Punkt einzeln durchgehen?

Herr Lewinsohn:

Wenn ich das richtig verstanden habe, basiert die Kreisumlage auf den Gewerbesteuereinnahmen von vor 2 Jahren? Gibt es dazu schon Ist-Zahlen?

Herr Krolik:

Die 43 % werden festgesetzt. Wir haben einen Hebesatz von 270. Da dieser unterhalb des durchschnittlichen Hebesatzes liegt, werden die Gewerbesteuer und sonstige Einnahmen hochgerechnet auf einen fiktiven Wert von 320 und dann mit einem prozentualen Wert festgelegt, den wir aber noch nicht kennen, multipliziert. So kommen wir dann bei 43 % auf 21 Mio. Die Ist-Zahlen haben wir, aber wir kennen die Prozentzahlen nicht.

Herr Njammasch:

Ich bitte um ein Statement ob wir über oder unter 50.000 in die Liste einsteigen. Meine Meinung ist ab 50.000.

Herr Christ beantragt Rederecht für Frau Schreiber.

Abstimmung:

mehrheitlich dafür

Frau Schreiber:

Wir sollten zuerst über den Fahrplan der Haushaltsdiskussion und -aufstellung reden, bevor wir über einzelne Tabellen reden. Dazu gehört, dass die Fraktionen die Möglichkeit haben müssen, ihre Arbeit zu machen, bevor hier entschieden wird bei welcher Summe eine Grenze gemacht wird. Ich beantrage hier, dass wir zuerst über den Zeitplan reden wie hier weiter gemacht wird. Aus meiner Sicht ist es der falsche Weg hier mit den Mitgliedern des Finanzausschusses die Investitionsliste durchzugehen. Das ist keine Mehrheit und die Fraktionen hatten keine Chance daran zu arbeiten.

Frau Şahin-Connolly:

Sie wollten von Anfang an Transparenz. Sie haben alle Informationen rechtzeitig mit der Einladung bekommen. Es sind für dieses Thema auch 3 Sitzungen geplant und Sie haben in der Zeit die Chance mit den Unterlagen zu arbeiten und können der Verwaltung Vorschläge unterbreiten. Um heute einen Einstieg zu bekommen, hätte der Kämmerer gerne eine Meinung, wie weit er in die Tiefe gehen soll.

Frau Schreiber:

Ich würde mit der Liste gerne in der Fraktion anfangen. Sie können nicht von Ehrenamtlichen erwarten, dass sich mit einer Ladungsfrist von einer Woche die Fraktion in der kurzen Zeit zusammensetzen kann. Den Druck den Sie hier permanent erzeugen, finde ich nicht in Ordnung.

Herr Krolik:

Die Aufstellung des Haushaltes liegt in meiner Hand und ist meine Verantwortung. Sie haben jetzt die Möglichkeit Prioritäten zu setzen. Die Frage ist jetzt wie tief binde ich Sie ein? Wir müssen es heute besprechen, weil wir einen Zeitplan haben. Und um diesen einhalten zu können, brauche ich von Ihnen eine Rückmeldung. Wenn ich keine Rückmeldung bekomme, fahre ich auf das Niedrigste runter. Ich möchte Sie aber einbeziehen. Wir gehen heute die Liste durch. Sie sagen mir nur wie tief.

Herr Christ:

Ich bin schon die letzten 5 Jahre dabei. Die Vorlage ist immer zu klein geschrieben und kaum lesbar. Warum dürfen wir das in der Fraktion nicht besprechen und müssen das heute entscheiden?

Frau Şahin-Connolly:

Auf Wunsch der neuen Stadtverordneten haben wir jetzt drei Ausschüsse angesetzt. Es gab ein Rundschreiben mit dem Angebot, dass Sie sich mit Fragen an den Kämmerer wenden können. Es gab von Ihnen bis dato keine Anfragen an die Verwaltung. Wir sind immer bereit, Ihnen Informationen zur Verfügung zu stellen. Es erfordert eine aktive Mitarbeit. Als Stadtverordnete haben sie nicht nur Rechte sondern auch Pflichten.

Herr Lewinsohn:

Wir reden von einer Unterdeckung von 10 Mio. Was soll ich mich da über 3.000 € einer Kitaausstattung unterhalten. Wir brauchen einen Bauzeitenplan für die Sanierung der Gesamtschule Dabendorf, für die Grundschule Zossen. Vielleicht streckt sich das über 3 oder 5 Jahre. Dann muss das Geld gar nicht in den Haushalt eingeplant werden, sondern man streckt es auch über mehrere Jahre.

Frau Şahin-Connolly:

Wir haben in der investiven Planung die Ansätze berücksichtigt, die wir beabsichtigen 2025 auszugeben und wie wir denken, dass es eintreffen wird.

Herr Njammasch:

Wie machen wir weiter? Wer ist dafür, dass wir ab 50.000 ansetzen?

4 / 1 / 1

Herr Krolik:

Wir haben das DGH Lindenbrück und das DGH Schünow jeweils mit 180.000 veranschlagt. Investive Maßnahmen können wir finanzieren. Über alles worüber wir jetzt reden, da reden wir auch über einen Kredit. Auch bei den Schulen reden wir von einer Kreditfinanzierung. Wir werden Verfügungsermächtigungen machen und Kreditaufnahmen beantragen. Wir haben bereits Kreditaufnahmen im Haushalt zu stehen, bis jetzt aber noch nicht genutzt, weil wir die Zinsentwicklung noch abwarten wollen. Irgendwann müssen wir aber in die Kreditfinanzierung gehen. Wir sind hierzu in der Abstimmung mit der Kommunalaufsicht. Hier geht es jetzt um die Priorisierung. Bei dem was Sie umgesetzt haben möchten bräuchte ich gleich die Finanzierungsart wie Sie es gerne hätten. Lassen wir die DGH mit Prio 2 drin oder schieben wir das nochmal zurück?

Herr Lewinsohn:

Beim DGH Lindenbrück wäre es gut zu wissen, was bei den 180.000 drin ist.

Herr Krolik:

Es ist der komplette Innenausbau.

Herr Lewinsohn:

Es ist sinnvoll solche Maßnahmen zu untergliedern.

Frau Schreiber möchte sich an der Diskussion beteiligen.

Herr Njammasch:

Das Rederecht für Frau Schreiber würde ich gerne abstimmen lassen.

Herr Christ:

Ich werde die Sitzung jetzt verlassen, weil sie sehr komisch und definitiv nicht demokratisch sind.

Herr Christ verlässt um 19:44 Uhr die Sitzung.

Frau Leisten:

Ich kann die Seiten nur ganz schwer lesen. Kommen noch DGH dazu oder sind das alle?

War das DGH Kallinchen im Haushalt 2024 so eingestellt, dass im Haushalt 2025 keine Kosten mehr dafür anfallen?

Herr Krolik

Das DGH läuft unter Strandbad Kallinchen.

Frau Schreiber:

Wir werden sehen ob Sie das Mitglied-/Stellvertreter-/Rederechtspiel dauerhaft durchziehen wollen. Ich finde es unmöglich.

Ich habe vorhin aus gutem Grund gefragt ob wir uns erstmal über die Verfahrensweise verständigen können. Es ist nicht nur eine Beratung. Herr Krolik möchte heute eine Entscheidung von den Ausschussmitgliedern haben. Wir sollen jetzt sagen, ob die DGH rausfliegen oder drinnen bleiben. Das soll dann so gelten. Es gab keine Möglichkeit mit den Fraktionen darüber zu reden. Macht es nicht mehr Sinn, die Investitionsmaßnahmenliste dem zuständigen Ausschuss vorzulegen und von dort Priorisierungen machen zulassen, bevor der Finanzausschuss darüber entscheidet, ob das Geld da ist oder nicht. Wir können die Prioritäten nicht heute endgültig festlegen.

Frau Şahin-Connolly:

Wenn man sich die Ausschüsse und das Tempo der Beratungen anschaut, halte ich es für absolut unwahrscheinlich, dass dieser Haushalt noch in diesem Jahr verabschiedet wird. Ich bitte hier nochmal um aktive Mitarbeit. Sie können der Verwaltung heute eine Richtung geben. Die Investitionslisten können im Ansatz immer eingesehen werden.

Herr von Lützow:

Wichtig ist, dass die Ortsbeiräte mitgenommen werden, da sie den Zustand in den Häusern am besten kennen. Das DGH Neuhof zum Beispiel ist ziemlich runtergewirtschaftet. Das wäre für mich ein Bau mit Prio 1.

Herr Krolik:

Es handelt sich um Investitionsmaßnahmen, die von der Verwaltung aufgestellt wurden und mit Prio 1 und Prio 2 definiert wurden. Das sind Arbeiten wo die Verwaltung sagt, die sind wichtig bis sehr wichtig. Es gibt Investitionen die müssen wir machen. Wir reden von 35 Mio. Ich sage, dass wir nicht alles einstellen können, was hier drin steht. Sie können sagen, wo Sie bei Prio 2 ihre Schwerpunkte setzen. Sie sagen was raus soll und was nicht raus soll. Danach stelle ich die Liste in die Haushaltsplanung ein. Dann bekommen Sie das Ergebnis Finanzrechnung. Eventuell müssen dann schon Kürzungen gemacht werden. Ich möchte jetzt von Ihnen wissen, was unbedingt wichtig ist und gemacht werden soll. Dann gibt es ein Ergebnis und wir können feststellen ob wir damit weitergehen können oder den Haushalt gar nicht aufstellen können.

Herr Kerbs:

Als neuer Stadtverordneter ist es für mich auch schwierig hier zu entscheiden. Ich würde vorschlagen, dass wir die einzelnen Punkte ohne Diskussion durchgehen um dann den Rest in den Fraktionen zu besprechen und in einer weiteren Sitzung sagen zu können, wie es weitergeht.

Herr Lewinsohn:

Es sollte ein Fahrplan aufgestellt werden, welche Sitzungen noch stattfinden und mit welchem Inhalt zum Haushalt.

Frau Şahin-Connolly:

Heute würden wir kurz die Investitionsmaßnahmen durchgehen, insbesondere Prio 1. Die Punkte fließen dann in die Ergebnisplanung ein. Danach müssen wir uns mit der Frage beschäftigen, wie wir das finanzieren. In der Personalentwicklung haben wir keinen Spielraum. An den Kosten sind wir gebunden. Den Hebesatz der Grundsteuer B und A müssen wir in den Haushaltsplan mit einfließen lassen. Bei der Grundsteuer A ist aus unserer Sicht kein Handlungsbedarf, allerdings bei der Grundsteuer B. Dazu brauchen wir die Ergebnisplanung.

Wenn wir die Investitionsliste durchgegangen sind und Ihnen die Maßnahmen Prio 1 vorgestellt haben, können Sie mit den Informationen in die Fraktionen gehen, sich die Maßnahmen 2 anschauen und würden uns in der nächsten Ausschusssitzung auf die Themen Prio 2 verständigen. Wir müssen erst die Genehmigung von der SVV für die Haushalte 2021/2022 haben und der Kommunalaufsicht mitteilen, erst dann gibt es die Genehmigung für den Haushalt 2025.

Frau Schreiber:

Ich beantrage, dass die Investitionsliste an die Ortsbeiräte zur Anhörung verschickt wird mit einer Frist bis zur nächsten Finanzausschusssitzung, sodass die Ortsbeiräte ihre Stellungnahmen dazu abgeben können.

Frau Schmitt:

Wenn keine Prio angegeben ist, wie wird das dann eingeordnet?

Herr Krolik:

Das können wir nicht beeinflussen. Das wird kommen.

Da erkennbar ist, dass das hier heute nicht funktionieren wird, habe ich mich jetzt dafür entschieden, dass ich die Investitionsliste zurückziehe. Von der Verwaltung gibt es Rückmeldungen was priorisiert werden soll. Ich werde mich mit der Kommunalaufsicht abstimmen bis zu welcher Höhe wir finanzieren dürfen. Prio haben dann die pflichtigen Aufgaben. Und dann werde ich Ihnen beim nächsten Mal das vorstellen, was dann noch übrig ist und zur Diskussion steht.

Frau Şahin-Connolly:

Der Haushalt ist natürlich auch bei den Ortsbeiräten anhörungspflichtig. Es finden Sitzungen statt. Jeder Ortsbeirat kann sich ins Benehmen setzen und entscheiden ob er dem Haushalt zustimmt oder nicht und kann der Verwaltung Informationen geben, wo im Rahmen der Ortsbeiräte Schwerpunkte liegen.

Frau Schreiber:

Ich hatte bereits einen GO-Antrag gestellt. Ich hatte beantragt, dass die Investitionsliste zur Anhörung bis zur nächsten Finanzausschusssitzung an die Ortsbeiräte geschickt wird

Frau Şahin-Connolly:

Es ist auch Aufgabe der Fraktionen und der einzelnen Stadtverordneten sich mit dem jeweiligen Ortsvorsteher ins Benehmen zu setzen und dort ein Konsens für die Verwaltung zu finden.

Frau Reglin:

Hätten Sie nicht die Information von der Kommunalaufsicht heute schon haben können? Über was sollen wir heute reden, wenn wir nicht mal wissen, wieviel Geld wir ausgeben dürfen.

Herr Krolik:

Ich gebe einen Haushalt zur Genehmigung bei der Kommunalaufsicht ab und kann anfragen.

Wenn wir heute die Prioritäten gemeinsam durchgehen, würde ich eventuell ein anderes Volumen haben. Da wir im Dezember fertig sein wollen, haben wir einen engen Zeitplan.

Wir haben genug pflichtige Aufgaben, wo ich die Information einholen kann. Bis zum nächsten Mal werde ich dann mitteilen, was die Kommunalaufsicht sagt, wieviel wir unter bestimmten Bedingungen bekommen.

Frau Şahin-Connolly:

Die Kommunalaufsicht gibt keine Rechtsberatung. Wir müssen die Prioritäten für unsere Stadt festlegen. Das sollte nicht nur die Bürgermeisterin und die Kämmerei machen, sondern auch die SVV. Auch im letzten Jahr hatten wir die Themen mit Ihnen investiv vorbesprochen.

Herr Lewinsohn:

Es ist sinnvoll erstmal die pflichtigen Aufgaben aufzustellen und zu gucken was übrigbleibt.

Frau Şahin-Connolly:

Wir werden diese Woche die Investitionsliste mit allen pflichtigen Aufgaben priorisieren und im Allris einstellen, sodass Sie wissen wie hoch der Finanzbedarf ist und wieviel übrig ist für die nichtpflichtigen Aufgaben.

Frau Schreiber:

Wann stellen Sie die neuen Tabellen und Zahlen zur Verfügung?

Für die Fraktion Plan B bitte ich die Unterlagen per Mail zuzuschicken.

Frau Şahin-Connolly:

Das können wir gerne so machen. An das Ausschussmitglied, cc Frau Schreiber und Frau Reglin per Mail.

Abstimmungsbedarf gibt es bei den freiwilligen Aufgaben. Wo sind dann Ihre Prioritäten und wo möchten Sie investieren.

Die Frage ist jetzt noch ob wir die 43 % Kreisumlage ansetzen. Das macht im Haushalt 4 Mio. aus, die wir mehr zahlen müssten. Mein Ansatz wäre, dass wir erstmal bei den 42 % bleiben bis der Kämmerer einen neuen Haushalt aufgestellt hat. Im ersten halben Jahr hätten wir dann noch etwas Cash. Das kann dann aber dazu führen, dass wir Mitte des Jahres in den Nachtrag müssen.

Herr Njammasch:

Die Ausschussmitglieder haben die Prioliste bekommen und wissen, über was wir aktuell reden.

Wir haben jetzt einen Fahrplan. Es wäre jetzt nochmal wichtig, wie die Verwaltung mit dem Thema Kreisumlage umgehen soll.

Frau Schreiber:

Die Kreisumlage kann bis Juni rückwirkend festgelegt werden. Es macht keinen Sinn den niedrigen Prozentsatz einzustellen. Ich vermute, dass es auf mind. 45 % klettern wird. Es sind also mind. 43 % einzustellen.

Frau Şahin-Connolly:

Mit 43 % kann ich mitgehen. Wenn die Mehrheit 43 % befürwortet, werden wir auch dabei bleiben.

Herr Njammasch:

Wer ist dafür, dass wir die 43 % einstellen?

einstimmig

Herr Krolik:

Wenn die 4 Mio. stehen bleiben, haben wir aktuell an Verwaltungstätigkeit ein Minus von 10 Mio. Im Folgejahr 2026 sind es auch 10 Mio., in 2027 sind wir aktuell bei minus 11 Mio. Somit reicht die Rücklage für die nächsten drei Jahre nicht aus, um das Ergebnis abzusichern. Wir brauchen noch Kürzungspotenzial.

Frau Şahin-Connolly:

Wir stimmen über die investiven pflichtigen Aufgaben ab. Wenn wir eine Schule sanieren, ist das eine investive pflichtige Aufgabe, weil der Kreis nicht für unsere Grundschule zuständig ist. Die Unterhaltskosten sind keine investiven Maßnahmen, sondern müssen aus dem laufenden Verwaltungsgeschäft in Form von den Einnahmen die wir haben, gedeckt werden. Das führt dazu, dass unsere Einnahmenseite nicht so gut aussieht, wie wir sie bräuchten. Das hat zur Folge, einen Kassenkredit zu ziehen.

Herr Krolik:

Anhand der Präsentation erklärt Herr Krolik den anwesenden Ausschussmitgliedern und Einwohnern die Personalentwicklung.

Frau Şahin-Connolly:

Nächstes Jahr müssen wir die komplette ADV Technik austauschen. Das hat eine große Umstrukturierung zur Folge. Hier brauchen wir noch zusätzliche Manpower.

Frau Schreiber:

Zur Erläuterung der Differenz bei der Kämmerei steht eine VZE mehr sowie Arbeitszeitverschiebung. Arbeitszeitverschiebung ist aber keine Stelle. Von 14 auf 16 sind aber 2 VZE mehr. Hier bitte ich um Erklärung. Weiterhin hätte ich gerne die Differenz der VZE im Klimamanagement erklärt.

Herr Krolik:

Vorne sieht man die Entgeltgruppen. Dabei handelt es sich um die gesamte Verwaltung. Bei der Kämmerei fehlt aktuell eine Stelle. Das ist die Umsatzsteuerstelle. Diese ist mit der 8 dotiert, ausgeschrieben und zum 1.1. gebunden.

Frau Schreiber:

Wer ist die zweite VZE in der EG 8?

Herr Krolik:

Das ist eine Abstufung.

Frau Şahin-Connolly:

Der Klimamanager ist im Bauamt in der EG 11. Aktuell haben wir neu ausgeschrieben. Wir brauchen ihn ziemlich dringend.

Frau Schreiber:

Wenn der Klimamanager jetzt eine VZE in der EG 11 ist und zukünftig eine VZE in der EG 11 sein soll, dann ist es keine Differenz.

Herr Krolik:

Der Klimamanager wurde neu ausgeschrieben und verlängert befristet auf 2 Jahre. Momentan ist er nicht da. Da wir momentan keinen haben, er aber ausgeschrieben ist, steht er jetzt wieder mit drin.

Herr Krolik erklärt anhand der Präsentation den anwesenden Ausschussmitgliedern und Einwohnern die Personalentwicklung im Kitabereich.

Herr Krolik erklärt anhand der Präsentation den anwesenden Ausschussmitgliedern und Einwohnern den Hebesatz Grundsteuer B.

Herr Krolik:

Ich würde jetzt gerne von Ihnen ein Feedback bekommen, wie Sie zu der Empfehlung der Absenkung des Hebesatzes von 377 % auf 290 % stehen.

Frau Schreiber:

Wieviel von den insgesamt 8.400 Grundstücken haben eine Erhöhung und wieviel eine Verringerung zu erwarten?

Herr Krolik:

Die Zahlen finden Sie in der Tabelle die ich gezeigt habe.

Frau Schreiber

Mehr als die Hälfte der Grundstücke sollen mit einer Erhöhung beglückt werden. Die Erhöhung für den Einzelnen fällt deutlich höher aus, als die Verringerung bei denen die eine Minderung erhalten. Haben Sie verschiedene Grundsteuersätze ausgerechnet, die das etwas in die Balance bringen könnten?

Herr Krolik:

Ich kann es nicht in die Balance bringen, weil der Messbetrag immer der gleiche ist. Wir werden es nicht schaffen, dass keiner eine Erhöhung bekommt.

Frau Schreiber:

Bei 280 % würden wir mit 1,65 Mio. nur knapp unter der jetzt jeweiligen Einnahme liegen. Wir haben noch knapp 400 Grundstücke die noch in der Berechnung fehlen, die dann dazu führen könnten, dass wir über die 1,7 Mio. kommen. Danach wären auch die 280 % möglich. Ich hätte als Vergleich gerne noch ein Tortendiagramm für die 280 %.

Herr Krolik:

600 Bescheide gibt es nicht mehr. 1,78 Mio. sind die Grundgesamtheit. Und an die komme ich mit einem Wert von 290 % ran. Auf der Folie steht auch, dass die Unterdeckung durch die Nachmeldung fehlender Grundstücke ausgeglichen werden kann. Das was Sie sagen, steht dort schon. Es fehlen noch 100.000 € und ich hoffe, dass wir die mit den 358 Bescheiden bekommen.

Frau Schreiber:

Warum fehlen die 100.000 €? In dem blauen Kästchen sind Sie bei 1,7 Gesamtergebnis. Das ist ja auch das, was bis jetzt erzielt wurde.

Herr Krolik:

Auf der Folie steht Einnahme Grundsteuer B 2024 1,79 Mio.

Schreiber

Ich setze nicht den Betrag von 2024 an, da dort schon höhere Grundstückswerte drin sind. Es gab mit dem alten Hebesatz in den vergangenen Jahren ständige Erhöhungen. Ein neu hinzugekommenes Grundstück ist mit einem deutlich höheren Verkehrswert eingepreist worden. Mit dem Hebesatz von 377 hat dieses Grundstück einen höheren Wert erwirtschaftet als alle alten Grundstücke. Daraus resultiert die Erhöhung. Soll jetzt der Wert 24 angesetzt werden oder der, von dem Zeitpunkt wo die Grundsteuer neu berechnet wurde und welche Bescheide sind in welchem Zeitpunkt eingerechnet? Ich denke ein realistischer Wert wäre 1,75. Dann sind wir

vom Gesamtergebnis nicht so weit weg. Mich würde die Aufteilung von 280% und auch von 285 % interessieren.

Herr Krolik:

Ich habe versucht die aktuelle Erhöhung und wie sie sich ermittelt gut darzulegen. Die aktuelle Erhöhung für Grundsteuer B ist für 65 % von 0 bis 132 €. Das Ziel ist, den Vorjahreswert von 2024 zu erreichen. Da wir ein Minus von 10 Mio. haben, können wir mit dem Hebesatz nicht weiter heruntergehen. Wir bleiben auf Vorjahresniveau. Wenn man die fehlenden Bescheide durch die Gesamtsumme teilt, kommt man auf einen Wert von 58.000 € für die 358 Bescheide. Da ist schon ein Risiko einkalkuliert, das aber noch vertretbar wäre. Die 290 % sind für mich am realistischstem um die Gewerbesteuer B auf dem Niveau zu halten wie sie gerade ist.

Herr Lewinsohn:

Die Tortendiagramme müssen für die 280 % nicht neu gemacht werden. An der grundsätzlichen Verschiebung zwischen hoch und runter wird sich durch die 10 % Hebesatz nichts ändern.

Frau Şahin Connolly:

Die Verwaltung möchte ein Stimmungsbild haben, ob Sie mit den 290 % mitgehen können.

Stimmungsbild:

5 / 1 / 0

Herr Krolik erklärt anhand der Präsentation den anwesenden Ausschussmitgliedern und Einwohnern den Hebesatz Grundsteuer A.

Die Grundsteuer C würden wir erst im nächsten Jahr angehen.

Frau Şahin-Connolly:

Auch hier bitten wir um ein Stimmungsbild zum Hebesatz Grundsteuer A.

Stimmungsbild:

5 / 1 / 0

Es findet eine Pause von 21:04 Uhr bis 21:12 Uhr statt.

==
==
==

9 Beratung von Beschlussvorlagen

9.1 Beschluss über den geprüften Jahresabschluss 2021 104/24

Herr Krolik erklärt den anwesenden Ausschussmitgliedern und Einwohnern anhand einer Präsentation die Beschlussvorlage. Diese enthält folgende Punkte:

1. Jahresabschluss 2021
2. Ergebnisübersicht Jahresabschluss 2021 – Gesamtüberschuss
Ergebnisübersicht Jahresabschluss 2021 – Erträge aus laufender
Verwaltungstätigkeit
Ergebnisübersicht Jahresabschluss 2021 – Aufwendungen aus laufender
Verwaltungstätigkeit
Ergebnisübersicht Jahresabschluss 2021 – Gesamtüberschuss
3. Überschüsse aus der Wohnungsverwaltung
4. Rückstellungsübersicht

Das Rechnungsprüfungsamt empfiehlt nach Prüfung eine Bestätigung des Jahresabschlusses 2021 und eine Entlastung der Bürgermeisterin.

Herr von Lützow:

In der Begründung steht, dass es ein Abschlussgespräch mit dem Wirtschaftsprüfer gab, während auf ein solches mit dem Rechnungsprüfungsamt verzichtet wurde. Warum ist das so? Gab es keine Kapazitäten?

Herr Krolik:

Das RPA hat gesagt, dass sie nichts verändert haben und aus diesem Grund kein Abschlussgespräch notwendig ist.

Herr Lewinsohn:

Für die Stadtverordneten wäre der komplette Prüfbericht wichtig gewesen.

Herr Krolik:

Nach Rücksprache mit dem Wirtschaftsprüfer ist der komplette Bericht nichtöffentlich. Wenn Bedarf besteht, dann können wir das im nichtöffentlichen Teil besprechen.

Frau Schreiber:

Für die Fraktion Plan B hatte ich bereits angekündigt, dass ich die kompletten Prüfberichte 2021/2022 haben möchte. Aus meiner Sicht müsste das für jeden Stadtverordneten zur Verfügung gestellt werden. Es gehört dazu die Beschlussvorlage komplett mit dem vollständigen Prüfbericht zu Verfügung zu stellen.

Herr Kroilk:

Das ist nicht öffentlich.

Frau Schreiber:

Ich fordere ab, dass Sie das mit der Kommunalaufsicht und dem RPA klären. Bis 2019 waren die Jahresabschlussprüfberichte des RPA oder des Wirtschaftsprüfers immer Gegenstand der öffentlichen Beschlussvorlage. Für die Fraktion und die Stadtverordneten fordere ich ab, dass wir mindestens 2021/2022 nichtöffentlich erhalten.

Frau Şahin-Connolly:

Wir hatten den Wirtschaftsprüfer hier eingeladen und er hat gesagt, dass er seine Ausführungen nur im nichtöffentlichen Teil machen wird, da es die Kommunalaufsicht gar nicht anders zulässt. Weiterhin braucht er eine Genehmigung vom RPA ob er in Ausschüsse gehen darf und aktuell liegt diese nicht vor.

Frau Schreiber:

Wann haben Sie beim RPA beantragt, dass der Wirtschaftsprüfer den Bericht hier vorstellt?

Seit wann hat der vollständige Prüfbericht lediglich drei Seiten? Ich möchte keinen

Auszug und keine Zusammenfassung haben. Ich möchte den vollständigen Prüfbericht.

Herr Krolik:

Es sind sechs Seiten. Diese sind nichtöffentlich. Die können Sie gerne im nichtöffentlichen Teil haben und der Jahresabschluss steht Ihnen bereits zur Verfügung.

Herr Kerbs:

Wenn Frau Schreiber allgemein von Stadtverordneten spricht, spricht sie auch in meinem Namen. Das möchte ich nicht. Ich werde einen Wirtschaftsprüfer und ein Rechnungsprüfungsamt nicht in Frage stellen und bitte jetzt um Abstimmung.

Abstimmung:

5 / 1 / 0

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt gem. §82 Abs. 4 BbgKVerf den Jahresabschluss zum 31.12.2021 mit einer Bilanzsumme von 197.089.724,64 EUR und einem Überschuss in der Ergebnisrechnung in Höhe von 7.149.241,71 EUR.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	1	0

9.2 Entlastung der Bürgermeisterin für das Haushaltsjahr 2021 105/24

Abstimmung:

5 / 1 / 0

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen erteilt der Bürgermeisterin, Wiebke Sahin-Connolly, gem. § 82 Abs. 4 BbgKVerf die Entlastung für die Haushaltsführung des Jahres 2021.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen

5	1	0
---	---	---

9.3 **Beschluss über den geprüften Jahresabschluss 2022 106/24**

Herr Krolik erklärt den anwesenden Ausschussmitgliedern und Einwohnern anhand einer Präsentation die Beschlussvorlage. Diese enthält folgende Punkte:

1. Jahresabschluss 2021
2. Ergebnisübersicht Jahresabschluss 2021 – Gesamtüberschuss
Ergebnisübersicht Jahresabschluss 2021 – Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit
Ergebnisübersicht Jahresabschluss 2021 – Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit
Ergebnisübersicht Jahresabschluss 2021 – Gesamtüberschuss
3. Überschüsse aus der Wohnungsverwaltung
4. Rückstellungsübersicht

Das Rechnungsprüfungsamt empfiehlt nach Prüfung eine Bestätigung des Jahresabschlusses 2022 und eine Entlastung der Bürgermeisterin

Frau Şahin-Connolly stellt den Antrag die BV 096/24 heute noch abzuhandeln.

Frau Schreiber:

Ein Gewerbetreibender hat gewonnen und musste nicht zahlen. Hätte dann nicht in der Tabelle von 2022 diese Summe bei der Auflösung der Rückstellungen auftauchen müssen?

Herr Krolik:

Das ist Gewerbesteuerkunde 2 und im Bericht ist zu sehen, dass das noch drinsteht.

Frau Schreiber:

Müsste das in der Tabelle von 2022 drinstehen oder haben Sie es 2021 aufgelöst?

Herr Krolik:

In 2022.

Frau Schreiber:

Also müsste die letzte Seite der Tabelle 2022 ergänzt werden.

Herr Krolik:

Nein, es ist keine Rückstellung, sondern eine Wertberichtigung, weil es eine Bürgschaft war und keine Zahlung. Die Bürgschaft ist in der Rückstellung nicht mit drin, sondern in der Wertberichtigung.

Frau Schreiber:

In 2019 und 2020 hatten wir einen großen Gewerbesteuerfall. Ist der noch offen?

Herr Krolik:

Der ist als Rückstellung Gewerbesteuerkunde 1 und ist noch nicht abgeschlossen.

Frau Schreiber:

Auch für 2022 möchte ich den vollständigen Prüfbericht haben.

Abstimmung:

5 / 1 / 0

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt gem. §82 Abs. 4 BbgKVerf den Jahresabschluss zum 31.12.2022 mit einer Bilanzsumme von 191.804.836,56 EUR und einem Überschuss in der Ergebnisrechnung in Höhe von 7.482.554,67 EUR.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	1	0

9.4 Entlastung der Bürgermeisterin für das Haushaltsjahr 2022 107/24

Abstimmung:

5 / 1 / 0

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen erteilt der Bürgermeisterin, Wiebke Sahin-Connolly, gem. § 82 Abs. 4 BbgKVerf die Entlastung für die Haushaltsführung des Jahres 2022.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	1	0

9.5 Weiterführung der Planung zur Sanierung des Schulgebäudes der ehemaligen Gesamtschule Zossen im GT Dabendorf 096/24

Frau Şahin-Connolly stellt den anwesenden Ausschussmitgliedern und Einwohnern die Beschlussvorlage vor.

Herr von Lützwow

Es ist mehr als notwendig und je schneller umso mehr Geld können wir vielleicht sparen. Ich fände es wichtig für alle einen zeitlichen Bauablaufplan dazuzuschreiben.

Frau Şahin-Connolly:

Das können wir gerne machen. Wenn wir die Baugenehmigung haben, rechnen wir mit 1,5 Jahren Bauzeit.

Frau Reglin:

Ich hätte auch gern eine Baukostenaufstellung. Vor 3 Jahren hatten wir noch eine Planung mit 3,5 Mio., jetzt sind es 16 Mio. Da habe ich Bauchschmerzen.

Frau Şahin-Connolly:

Am Anfang waren es 6 Mio. Wobei gesagt wurde, dass 6 Mio. unser Eigenanteil ist und wir mit Fördermitteln noch weitere 6 Mio. versuchen werden zu generieren. Die Gesamtsumme hat sich in der Planung und im Planungsansatz immer um 12 Mio. bewegt. Aktuell gibt es kein KIP-Programm für Kommunen. Wir werden aber versuchen Förderung zu bekommen. Sie sehen in der Beschlussvorlage wie sich die Kostengruppen hinsichtlich der Gesamtwerke verändert haben.

Frau Reglin:

Im letzten Finanzausschuss hieß es noch 12 Mio. Jetzt sind es 16 Mio. Ich bin gespannt wieviel Mio. noch dazukommen.

Frau Schreiber:

In der alten Beschlussvorlage waren insgesamt acht einzelne Pakete mit Kostenbeitrag drin. Ich erwarte, dass in der neuen Beschlussvorlage nicht nur ein Satz als Beschlusstext drin steht, sondern das dort wieder die einzelnen Pakete aufgeführt sind plus ein geplantes neuntes Paket für die Aufstockung und diese alle mit der neuen geplanten Zahl hinterlegt werden, sodass man auch die Differenz zu den alten Paketen erkennen kann. Das möchte ich so aufgearbeitet haben.

Frau Şahin-Connolly:

Nach Beschluss der SVV kam die Aufstockung der Aula dazu. Wir wissen jetzt, dass die Pakete eins bis acht ohne Aufstockung der Aula Gesamtkosten von 12,9 Mio. netto (15,4 Mio brutto) aufweisen und mit Aufstockung der Aula haben wir Gesamtkosten von 13,4 Mio. netto (16 Mio. brutto). Sie sollen jetzt entscheiden ob diese Aufstockung in den Bauantrag aufgenommen werden soll oder nicht. Wenn Sie das nicht möchten, gehen wir wieder zu den Original-Planungen zurück.

Herr Lewinsohn:

Die Baukosten sind durchaus realistisch. Vor Bauantrag sollten wir klären, wie wir das in den Haushalten abbilden und finanzieren.

Frau Şahin-Connolly:

Wir würden das im Parallelverfahren machen. Von der Kommunalaufsicht haben wir bereits die Genehmigung, dass wir für dieses Bauvorhaben Investitionskredite aufnehmen können. Es ist im Haushalt 2024 eingestellt. Einen Teil werden wir in 2025 einstellen müssen. Daran sollte die Baugenehmigung nicht scheitern. Wir rechnen damit, dass die Baugenehmigung ca. ein halbes Jahr dauern wird. Ich würde gerne dieses Jahr noch den Bauantrag stellen.

Frau Schreiber:

Warum haben wir im Beschlusstext nicht die Entscheidungsmöglichkeit drin? Ich bitte darum, dass die Beschlussvorlage als 01 mit den einzelnen Punkten wieder vorgelegt wird. Hilfreich ist es, die einzelnen Pakete eins bis neun anhand der neuen Planung mit Zahlen zu hinterlegen.

Ich bitte um Konkretisierung der Beschlussvorlage.

Herr Lewinsohn:

Gibt es eine ausführliche Planung wo zugeordnet ist, was in welchen Paketen drin ist?

Frau Şahin-Connolly:

Das muss ich mit der Bauamtsleitung klären was wir diesbezüglich zur Verfügung stellen können.

Herr Kerbs:

Ich plädiere hier für schnellstmögliches Weiterkommen. Wir brauchen die Schulen und ich bitte um Abstimmung.

Herr Njammasch

Jede Minute die wir hier verlieren, kostet uns wieder Geld. Hier ist schnellstmöglicher Handlungsbedarf auch wenn im Nachgang noch Punkte mit der Verwaltung zu klären sind.

Abstimmung:

5 / 1 / 0

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:
die Weiterführung der Planung zur Sanierung des Schulgebäudes der ehemaligen Gesamtschule Zossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	1	0

10 Schließung der öffentlichen Sitzung

Herr Njammasch schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 22:08 Uhr.

Marko Njammasch
Vorsitz

Juliane Sasse
Protokoll